



## Der Info-Brief des SPD-Landtagsabgeordneten **Georg Nelius**

*Mit den besten Wünschen zum neuen Jahr grüße ich Euch/Sie alle.*

*Vor uns liegt sicherlich ein spannendes und arbeitsreiches Jahr 2012.*

*Wir können mit Zuversicht und Optimismus in dieses Jahr gehen. Die neue, "unsere", Landesregierung wird unser Land weiter voranbringen. Dazu brauchen wir eine geschlossene und informierte Partei.*

*Ich werde einen Beitrag mit dem neuen MdL aktuell - Ausgabe Januar - dazu leisten.*

*Seid/ seien Sie herzlich begrüßt von*

### **Eckpunkte des Landeshaushalts 2012**

„Der Haushalt 2012 ist Ausdruck nachhaltiger und verantwortungsbewusster Finanzpolitik. Auch 2012 kommt die Landesregierung ohne neue Schulden aus. Mit einem Dreiklang aus konsolidieren, sanieren und investieren beweisen wir Handlungsfähigkeit und finanzpolitischen Weitblick. Dieser kommt vor allem Familien mit Kindern zu Gute“, so sagte der Minister für Finanzen und Wirtschaft Nils Schmid bei der Einbringung des Haushalts 2012 im Landtag.

#### **Wir konsolidieren**

Eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik sei zwingend erforderlich, um angesichts der demografischen Entwicklung die politischen und ökonomischen Handlungsmöglichkeiten auch künftiger Generationen zu sichern. Deshalb sehe der Regierungsentwurf für den Haushalt 2012 Kürzungen bei den Ressorts im Umfang von rund

254 Millionen Euro vor, erläuterte der Finanz- und Wirtschaftsminister.

„Bei einem Personalkostenanteil im Landeshaushalt von rund 40 Prozent werden wir aber nicht umhinkommen,



auch den Beamtenbereich an der Haushaltskonsolidierung zu beteiligen," so Schmid weiter. „Hier sind Einsparungen in Höhe von rund 130 Millionen Euro geplant.

Rund 100 Millionen Euro werden wir durch eine Verschiebung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2012 erreichen. Diese Verschiebung wird mit einer sozialen Staffelung erfolgen, denn wir sind uns unserer Fürsorgepflicht und Verantwortung gegenüber den Beschäftigten und Pensionären bewusst.“

„Darüber hinaus werden durch Anpassungen bei den Beihilferregelungen etwas mehr als 30 Millionen Euro eingespart, durch die Anhebung der Kostendämpfungs-pauschale und des Eigenbeitrags für Wahlleistungen. Zusätzlich wollen wir im kommenden Jahr mit den Vertretungen der Betroffenen in einen Dialog über weitere strukturelle Einsparungen eintreten um die Pensionen für die Zukunft zu sichern“, erläuterte Schmid.

### **Wir sanieren**

Auch im Haushalt 2012 würden die Sanierungsmaßnahmen fortgesetzt, so Schmid weiter. Aus der Rücklage für Sanierungsstau- und Erhaltungsmaßnahmen würden 144 Millionen Euro entnommen. 15 Millionen Euro kämen dem Hochwasserschutz zugute, 50 Millionen Euro würden für Erhaltungsmaßnahmen bei Landesstraßen veranschlagt. Weitere 29 Millionen Euro würden für Sanierungsmaßnahmen im Bereich Verkehr und Schiene verwendet. 50 Millionen Euro würden für die Sanierung von Landesgebäuden bereitgestellt.

„Denn wer konsolidiert ohne zu sanieren bleibt auf halbem Wege stehen. Wer heute fachgerecht saniert, spart erhebliche Mittel in der Zukunft. Unser Ziel ist es beides, konsolidieren und sanieren, miteinander zu verbinden“, sagte der Minister.

Mit einem zusätzlichen Bauprogramm zur Energieeinsparung wolle man in den nächsten drei Jahren energetische Sanierungen und Modernisierungen bei Landesgebäuden mit einem Volumen von nochmals insgesamt rund 50 Millionen Euro vornehmen, erläuterte Schmid. Die Mittel



sollen durch eingesparte Energiekosten refinanziert werden.

### **Wir investieren**

„Wir machen Ernst mit dem Bildungsaufbruch“, so Schmid. Wichtige Verbesserungen werde es daher auch für den Bildungsbereich geben.

Aus der demographischen Rendite freiwerdende Ressourcen im Personalbereich würden umgeschichtet. Das bedeute, dass 3.300 Lehrerstellen nicht abgebaut würden, obwohl entsprechend sinkende Schülerzahlen dies ermöglichen würden. Statt dessen blieben diese Stellen im System und würden zur Verbesserung der Unterrichtssituation verwendet werden, so der Minister.

Das ermögliche unter anderem die Festanstellung von knapp 300 Pädagogischen Assistenten und die ausreichende Sicherstellung der Krankheitsvertretung für Lehrer. Überdies habe man den Grundstein für eine solide Finanzierung der geplanten Gemeinschaftsschule und damit auch für den weiteren Ausbau der Ganztageschulen gelegt.

Zusätzlich solle die Schulsozialarbeit verstärkt werden. Deshalb unterstützt die neue Landesregierung dieses Vorhaben zu einem Drittel der Kosten, mit insgesamt bis zu 15 Millionen Euro jährlich. Das Land stelle des Weiteren ab dem Kindergartenjahr 2012/13 zusätzliche Mittel für Sprachfördermaßnahmen im Bereich der drei bis sechs

jährigen Kinder zur Verfügung. Im Haushalt 2012 würden sich diese Mittel auf 11 Millionen Euro belaufen, setzte der Minister fort.

Darüber hinaus richte das Land die Wohnraumförderung komplett neu aus. Die Mietwohnraumförderung sei von der neuen Landesregierung mehr als verdoppelt worden. Hier werde über 70 Millionen Euro investiert, die direkt bei den Menschen ankommen.

„Das alles geht nicht ohne gesicherte Einnahmen. Irgendwelche Steuersenkungspläne halten wir daher für abwegig. Das Gegenteil ist richtig und ehrlich: Wir haben die Grunderwerbsteuer erhöht, um unsere Politik für Familien auf eine solide finanzielle Basis zu stellen,“ so Schmid. Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, in der Steuerverwaltung die Personalstruktur zu verbessern. Vorgesehen sind 500 neue Planstellen und 500 zusätzliche Anwärterstellen im Zeitraum von 2012 bis 2016.

Allein der Haushalt 2012 sieht daher für die Finanzämter 100 zusätzliche Anwärterstellen und weitere 100 Stellen, insbesondere für die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung vor.

Diese Stellen refinanzieren sich durch prüfungsbedingte Steuermehreinnahmen. Das jährliche Mehrergebnis eines Betriebsprüfers beträgt durchschnittlich 1,2 Millionen Euro im Jahr. „Wir können es uns nicht leisten, auf diese Mehreinnahmen mangels Personal zu verzichten. Außerdem ist es eine Frage der Gerechtigkeit, Steuern gleichmäßig und vollständig zu erheben. Steuersünder schützen - das ist vorbei“, so Finanz- und Wirtschaftsminister.

„Die Landesregierung hält Kurs mit dem Ziel, das strukturelle Defizit bis zum Inkrafttreten der Schuldenbremse zurückzuführen. Mit dem Finanzplan 2020 werden wir einen konkreten Abbaupfad aufzeigen. Dabei handelt es sich um eine Daueraufgabe, die größte Herausforderungen bereithält. Diese anzunehmen und zu lösen, sind wir nachfolgenden Generationen schuldig“, sagte Minister Schmid abschließend.

## Land schafft Studiengebühren ab

Zum Sommersemester 2012 ist es so weit: Die Studierenden in Baden-Württemberg müssen keine Studiengebühren mehr bezahlen. Die grün-rote Mehrheit hat im Landtag die Abschaffung der Studiengebühren von 500 Euro pro Semester beschlossen.

Damit sorgt die Koalition für mehr Bildungsgerechtigkeit und ermöglicht einen fairen Hochschulzugang ohne finanzielle Hürden. Studieren hängt in Baden-Württemberg nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern ab. Grün-Rot setzt mit diesem Schritt ein wichtiges Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um.

Abgeschafft werden die Gebühren für alle ersten Hochschulabschlüsse, wie etwa den Bachelor. Darüber hinaus entfallen die Gebühren auch für die auf dem Bachelor aufbauenden Masterstudiengänge. Fortan wird das Land den Hochschulen auf Basis der bisherigen Einnah-

men eine Kompensation als Qualitätssicherungsmittel zahlen. Derzeit ergibt sich dadurch für jede Studierende und jeden Studierenden ein Nettobetrag von 280 Euro pro Semester. Um das hohe Niveau der Lehre in Baden-





Württemberg weiterhin zu garantieren, geht die Landesregierung noch einen Schritt weiter: Wenn die Zahl der Immatrikulationen zunimmt, erhalten die Hochschulen anteilig auch mehr Geld.

Die Universitäten müssen diese Qualitätssicherungsmittel zweckgebunden für Studium und Lehre verwenden – etwa für die Anschaffung von Lehrmaterial, zusätzliches Lehrpersonal oder einen besseren Service in den Bibliotheken. Die Abschaffung der Studiengebühren und die Einführung der Qualitätssicherungsmittel führen so zu einer höheren Qualität in Studium und Lehre.

### Pakt für Familien mit Kindern

„Das Land und die Kommunen haben sich auf die Grundzüge einer politischen Vereinbarung zu einem „Pakt für Familien mit Kindern“ geeinigt. Im Mittelpunkt steht dabei die Verbesserung der Kleinkindbetreuung. Unter Berücksichtigung der Konnexität haben sich Landesregierung und kommunale Landesverbände darauf verständigt, dass das Land die Betriebskosten für die Kleinkindbetreuung künftig in wesentlich größerem Umfang fördern wird.

Dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Unterstützung junger Familien und zur weiteren Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, so MdL Georg Nelius zu dem Ergebnis eines Gesprächs von Ministerpräsident Kretschmann und den Kommunalen Landesverbänden.

Die Pläne der Landesregierung sehen vor, dass die Studierenden bei der Verwendung der Zuschüsse aktiv beteiligt werden. Durch die Entscheidung über den Einsatz der Mittel vor Ort soll eine enge Kooperation zwischen Studierenden und der Hochschulleitung gefördert werden. Durch die Verpflichtung der Hochschulen, die Verwendung der Einnahmen öffentlich zu dokumentieren und jährlich darüber zu berichten, wird außerdem eine hohe Transparenz geschaffen.

Die Zuweisungen des Landes nach § 29 c FAG werden im Jahr 2012 von 129 Millionen um 315 Millionen auf 444 Millionen Euro erhöht und im Jahr 2013 von 152 Millionen Euro um 325 Millionen auf 477 Millionen erhöht. Ab dem Jahr 2014 wird sich das Land mit 68 Prozent an den Betriebskosten für die Kleinkindbetreuung beteiligen.

MdL Nelius ergänzt: „Die prozentuale Beteiligung bringt den Kommunen Planungssicherheit. Die Landesregierung übernimmt gemeinsam mit den Kommunen die finanzielle Verantwortung für einen dynamischen Ausbau der Kleinkindbetreuung im Land. Die Mehreinnahmen der Grunderwerbsteuererhöhung fließen fast vollständig in den Bereich Bildung und Betreuung und sichern so eine familienfreundliche Zukunft. Damit hat die Landesregierung einen zentralen Schwerpunkt der Koalitionsvereinbarung umgesetzt.“ Die Gemeinsame Finanzkommission ist nun beauftragt, einen Vorschlag zur Ausgestaltung dieser Rahmenvereinbarung auszuarbeiten.

Das Land beteiligt sich ab dem Jahr 2012 außerdem zu einem Drittel an den Kosten der Schulsozialarbeit mit einem Betrag von bis zu 15 Millionen Euro jährlich. Des Weiteren stellt das Land ab dem Kindergartenjahr 2012/13 zusätzliche Mittel für Sprachfördermaßnahmen im Bereich der 3-6jährigen Kinder zur Verfügung. Im Haushalt 2012 belaufen sich die Mittel auf 11 Millionen Euro.



## Zum Ende des Programms „Singen – Bewegen – Sprechen“

„Deutlich überzogen und etwas unredlich“ findet der SPD-Landtagsabgeordnete Georg Nelius, die anhaltende Kritik von CDU und FDP auf die Entscheidung der Landesregierung, das Programm Singen-Bewegen-Sprechen nicht weiterzuführen.

„Es ist richtig, dass wir uns entschieden haben, das Programm in den Kindertageseinrichtungen abzuschaffen und in den Grundschulen gar nicht erst einzuführen“, sagt Georg Nelius und erläutert, warum das so ist. „Wir sind der Meinung, dass die Inhalte des Programms, also Sprachförderung, Bewegungs- und Motorikschulung, grundlegende Inhalte in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sein und innerhalb des Orientierungs- bzw. Lehrplans vermittelt werden sollen. Bis zu Beginn des kommenden Kindergartenjahrs wird es hierzu einen Vorschlag geben.“ Die Abschaffung des Programms bedeute als nicht, dass diese Lehrinhalte unter den Tisch fallen, sondern nur, dass sie nicht mehr über ein gesondertes Programm vermittelt werden sollen.

„Wir setzen auf den weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen und werden beispielsweise auch endlich die Ganztageschule als offizielle Schulform im Schulgesetz verankern, betont Georg Nelius. „In diesem Zusammenhang wird auch die Sprachförderung gestärkt.“ Zudem sollen Schulen und Schulträger in Zukunft stärker selbst entscheiden können, was sie anbieten und worauf sie ihre Schwerpunkte setzen. „Viele Schulen arbeiten bereits heute im Rahmen der Ganztagsbetreuung mit Sportvereinen zusammen, warum nicht auch mit der städtischen Musikschule und musikalischen Vereinen?“ fragt Georg Nelius.

Der SPD-Politiker sieht in der Abkehr vom Programm Singen-Bewegen-Sprechen und der Stärkung des Orientierungs- bzw. Lehrplans einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Politik von Grün-Rot und Schwarz-Gelb: „Projekte sind gut für begrenzte Zeiträume, vernünftiger



ist es aber, Programme auf Dauer anzulegen“, ist Georg Nelius überzeugt. Das sehe man auch im Fall des Programms Singen-Bewegen-Sprechen, dessen Wegfall CDU und FDP nun beklagen. „Die Finanzierung des Programms war in der mittelfristigen Finanzplanung der alten Landesregierung nicht vorgesehen“ stellt Nelius klar. „Wäre die Sprachförderung CDU und FDP in der Regierungszeit ebenso wichtig gewesen wie jetzt auf der Oppositionsbank, hätten sie es entweder auf vernünftige finanzielle Beine stellen oder gleich in den Orientierungsplan übernehmen müssen.“

### Impressum

Wahlkreisbüro MdL Nelius  
Badgasse 7, 74821 Mosbach  
Telefon (0 62 61) 91 49 17  
Telefax (0 62 61) 91 49 18  
buero@georg-nelius.de  
www.georg-nelius.de

Verantwortlich:  
Georg Nelius

Gestaltung/ Bilder:  
K. Weidlich

**SPD**